Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5522**

17. Wahlperiode 12. 04. 2011

Antrag

der Abgeordneten Roland Claus, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Steffen Bockhahn, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Michael Leutert, Dr. Gesine Lötzsch, Thomas Lutze, Kornelia Möller, Jens Petermann, Ingrid Remmers, Dr. Ilja Seifert, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.

Staatsminister für Ostdeutschland bestellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im März 2011 wurde die Funktion des Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer vom Bundesminister des Innern an einen Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern übertragen. Das ist eine Diskriminierung der Belange Ostdeutschlands, die in der Bundesregierung seitdem mit noch geringerem Engagement als vorher vertreten werden.

Das Scheitern der ostdeutschlandpolitischen Einbindung in die Bundesregierung ist ein Spiegelbild von deren realer Ostdeutschlandpolitik. Genauso, wie die Bundesregierung die Funktion der Vertretung ostdeutscher Interessen immer stärker abwertet, bleibt der wirtschaftliche und soziale Abstand zwischen Ost und West hoch und wächst auch wieder. Obwohl die Ostdeutschen den teilweise widrigen Herausforderungen der gesellschaftlichen Transformation mit großer Tatkraft und neuem Selbstbewusstsein begegnen, bleibt Ostdeutschland großflächig von ökonomischer Schwäche und ihren sozialen Folgen betroffen. Diese Regionen trifft die unsoziale Politik der Bundesregierung oft besonders hart, ohne dass der für Ostdeutschland zuständige Beauftragte Einspruch erhebt oder wirksam erheben kann. Die ostdeutschen Bundesländer mehr als 20 Jahre nach der Herstellung der deutschen Einheit noch immer als neue Länder zu bezeichnen, bildet außerdem die fehlende Innovation und andauernde Ignoranz der Bundesregierung beim Thema Ostdeutschland ab.

In einem für andere Aufgaben zuständigen Ressort wird die Ostdeutschlandpolitik zusätzlich marginalisiert. Stattdessen muss sie endlich ins Zentrum politischer Gestaltungsmacht rücken und mit umfassenden Kompetenzen ausgestattet werden. Die Erarbeitung und die Umsetzung von Zukunftskonzepten bedürfen eines eigenen Geschäftsbereichs, in dem die Querschnittsaufgabe der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse federführend und mit weitreichenden Befugnissen bearbeitet wird.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Funktion des Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer in Staatsministerin/Staatsminister für Ostdeutschland umzubenennen und als Staatsministerin/Staatsminister des Bundeskanzleramts zu bestellen;
2. die Geschäftsordnung der Bundesregierung dahingehend anzupassen, dass die Staatsministerin/der Staatsminister für Ostdeutschland das Recht zur Teilnahme an den Sitzungen der Bundesregierung erhält und mit dem Recht zur Beteiligung an allen Angelegenheiten von grundsätzlicher politischer Bedeutung in Form von Gegenzeichnung ausgestattet wird.

Berlin, den 12. April 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333